

## Europa braucht eine Stimme!

Europäische Perspektiven des Kolpingwerkes Deutschland verabschiedet durch den Bundesvorstand anlässlich der Bundesversammlung 2018

Vom 23. bis 26. Mai 2019 sind die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union dazu aufgerufen, ihre Stimme für ein neues Europäisches Parlament abzugeben. Die Europawahlen 2019 sind eine Schicksalswahl, da nichts Geringeres auf dem Spiel steht als die Zukunft der europäischen Werte- und Solidargemeinschaft, so das Kolpingwerk. Herausforderungen und Krisen der vergangenen Jahre haben dazu geführt, dass der Zusammenhalt in der Europäischen Union immer wieder auf die Probe gestellt wurde. Noch verheerender ist es, dass der europäische Einigungsprozess in einigen Mitgliedsstaaten von einer zunehmenden Zahl an Populisten und Extremisten in Frage gestellt, zum Teil sogar vehement abgelehnt wird. Mit Sorge wird gesehen, dass europafeindliche Parteien und Bewegungen die Aussicht haben, im nächsten Europäischen Parlament an Bedeutung zu gewinnen.

Für das Kolpingwerk Deutschland ist und bleibt die Europäische Union Garant für Freiheit und Frieden, Stabilität und Wohlstand in Europa. Die Katholische Soziallehre/Christliche Gesellschaftslehre gibt Orientierung, wenn es darum geht, für die Zukunft des europäischen Einigungsprozesses zu streiten und an einem Europa zu bauen, das sich am Gemeinwohl orientiert und damit allen Menschen dient. Es sind zudem die Prinzipien Personalität, Subsidiarität, Solidarität und Nachhaltigkeit. Damit die Europäische Union wieder Perspektiven und Vertrauen gewinnt, braucht es...

### **... ein Europa der Personalität**

Die vier Grundfreiheiten des Binnenmarktes – der freie Austausch von Waren, Dienstleistungen, Personen und Kapital – bilden das Herzstück der Europäischen Union. Der Gemeinsame Markt hat erheblich dazu beigetragen, den Wohlstand der Völker Europas zu vermehren und zu sichern. Im Zuge der Finanzkrise von 2008 ist das Versprechen, dass sich jeder Mensch in der EU frei entfalten kann, jedoch stark ins Wanken geraten. Lange Zeit wurden individuelle Bedürfnisse und Interessen der Rettung von Banken untergeordnet.

Es bedarf allerdings eines Binnenmarktes, der den Menschen mit all seinen Bedürfnissen und Talenten in den Mittelpunkt stellt. Die Europäische Union darf sich nicht nur als Wirtschaftsraum verstehen, sondern auch als Raum des sozialen Zusammenhalts. Es braucht eine Stärkung der sozialen Dimension Europas. Die auf dem Sozialgipfel im November 2017 beschlossene Europäische Säule sozialer Rechte<sup>1</sup> muss verbindlicher Bestandteil der europäischen Verträge werden. Die darin formulierten Leitlinien zu „Chancengleichheit und Arbeitsmarktzugang“, „Fairen Arbeitsbedingungen“ sowie „Sozialschutz und sozialer Inklusion“ müssen langfristig einen genauso großen Stellenwert einnehmen wie Fragen von Handel und Währung.

### **... ein Europa der Subsidiarität**

In den vergangenen Jahrzehnten haben die Institutionen der Europäischen Union schrittweise mehr Kompetenzen erlangt. Ein „Mehr“ an Kompetenzen hat aber nicht zwangsläufig dazu geführt, dass Herausforderungen, die alle Mitgliedsstaaten betreffen, auf europäischer Ebene gelöst worden sind. Dabei sollte die Europäische Union vor allem mit der Lösung der großen Fragen unserer Zeit betraut sein und als handlungsfähiger Akteur auftreten: in Fragen der Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik; bei der Bekämpfung von Terrorismus und Menschenhandel; bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise; bei der Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion mit sozialem Antlitz. Gleichzeitig

---

<sup>1</sup> Die Europäische Säule sozialer Rechte (ESSR) wurde am 17. November 2017 auf dem Göteborger Sozialgipfel für faire Arbeitsplätze und Wachstum vom Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission proklamiert. Die ESSR stellt gemeinsame Leitlinien auf, die aber nicht Teil der Europäischen Verträge sind: [https://ec.europa.eu/commission/priorities/deeper-and-fairer-economic-and-monetary-union/european-pillar-social-rights/european-pillar-social-rights-20-principles\\_de](https://ec.europa.eu/commission/priorities/deeper-and-fairer-economic-and-monetary-union/european-pillar-social-rights/european-pillar-social-rights-20-principles_de)

sollte die Europäische Union nicht für die Bewältigung von Herausforderungen verantwortlich sein, die auf kommunaler, regionaler und nationaler Ebene deutlich besser gelöst werden können.

Damit die Europäische Union die großen Fragen unserer Zeit beantworten kann, braucht sie starke Institutionen. Die Europäische Kommission darf nicht auf die Rolle einer Hüterin der Europäischen Verträge reduziert werden, sondern sie muss Gestalterin der politischen Prozesse sein. Das Europäische Parlament muss in allen Entscheidungsbereichen mit dem Rat der Europäischen Union gleichgestellt werden. Das Gesetzesinitiativrecht sollte bei den direkt gewählten Vertreterinnen und Vertretern im Europäischen Parlament liegen.

### **... ein Europa der Solidarität**

Die Entwicklungen der letzten Jahre haben verdeutlicht, welche Auswirkungen weltweite Fluchtursachen für den inneren Zusammenhalt der Europäischen Union haben. Ein harmonisches Miteinander im Inneren ist unausweichlich mit einer friedlichen Koexistenz im globalen Kontext verbunden. In keiner Frage ist der Zusammenhalt der Staaten Europas so sehr geprüft worden und faktisch gescheitert, wie in der Frage des Umgangs mit den vor Verfolgung, Bürgerkrieg und Hunger geflüchteten Menschen aus Afrika, dem Nahen und Mittleren Osten. Denn nationale Egoismen haben die Suche nach einer gemeinsamen europäischen Lösung behindert.

Die Bekämpfung von Fluchtursachen muss daher stärker ins Handeln der Europäischen Union gerückt werden. Es bedarf einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, die entwicklungspolitisches Engagement zu ihrem Kern macht. Genauso wie die Europäische Union im Syrien-Konflikt mit einer Stimme sprechen und handeln sollte, muss eine kohärente Strategie für die Fluchtursachenbekämpfung in und eine Zusammenarbeit mit Afrika entwickelt werden. Es bedarf dringend nicht nur eines nationalen, sondern eines europäischen „Marshall-Plans“ für Afrika.

### **... ein Europa der Nachhaltigkeit**

Wie die Europäische Kommission in ihrem Weißbuch zur Zukunft Europas festgestellt hat, läuft die junge Generation Europas Gefahr, die erste seit 1945 zu sein, der es nicht bes-

sergehen wird als ihrer Elterngeneration.<sup>2</sup> Ein nachhaltiges Europa baut jedoch ganz wesentlich darauf auf, dass die Versprechen von Frieden und Wohlstand auch für zukünftige Generationen gelten. Nur so ist gesichert, dass das Vertrauen in Europa und seine Institutionen wieder zunimmt und gefestigt wird. Die Europäische Union muss sich daran messen lassen, ob sie mit der Frage der Generationengerechtigkeit vorausschauend umgeht.

Es bedarf konkreter Instrumente und Maßnahmen, um Chancengleichheit und faire Beschäftigungsbedingungen für jungen Menschen in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union zu fördern. Dazu sollte ein Jugendbeschäftigungsfonds gehören, der die Mitgliedsstaaten finanziell dabei unterstützt, die EU-Jugendgarantie effizienter umzusetzen. So lässt sich der Anspruch umsetzen, dass junge Menschen nach Beendigung ihrer Schule oder Ausbildung innerhalb von vier Monaten eine angemessene Arbeitsstelle, Weiter- und Ausbildung oder einen Praktikumsplatz erhalten.

### **... ein Europa des Gemeinwohls**

Im Zuge der Euro-Krise hat sich gezeigt, dass Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten mit strengen ordnungspolitischen Auflagen verbunden ist. Dies wurde insbesondere an einem harten Sparkurs deutlich, der den sogenannten Krisen-Staaten im Süden Europas, Portugal, Italien, Griechenland und Spanien, auferlegt wurde. Einseitiges Sparen hat jedoch nicht nur eine Erholung des Wirtschaftswachstums und der Staatsverschuldung zur Folge gehabt, sondern teilweise auch zu weitreichenden sozialen Verwerfungen geführt. Auch dadurch ist das Vertrauen vieler Menschen in die demokratischen Institutionen ihrer Länder, aber auch in die Europäische Union, beschädigt worden.

Damit sich langfristig solche Verwerfungen nicht wiederholen, müssen innerhalb der Europäischen Union Mechanismen entwickelt werden, die ordnungspolitische Notwendigkeiten und die erforderliche Solidarität mit den betroffenen Volkswirtschaften in Einklang bringen, um den sozialen Zusammenhalt in der Europäischen Union zu bewahren und zu fördern. Dazu gehört die Schaffung eines Europäischen Währungsfonds. Dieser muss so gestaltet sein, dass Mitgliedsstaaten in Phasen konjunktureller Krisen finanziell unterstützt werden, ohne Kürzungen in ihren Sozialsystemen und Bildungseinrichtungen vornehmen zu müssen.

---

<sup>2</sup> [https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/weissbuch\\_zur\\_zukunft\\_europas\\_de.pdf](https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/weissbuch_zur_zukunft_europas_de.pdf)

## **Europa braucht eine Stimme!**

In der Präambel des Vertrags von Lissabon wird das Ziel einer „immer engeren Union der Völker Europas“ angestrebt. In den vergangenen Jahren erleben die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union das Gegenteil. Das „Europäische Projekt“ sieht sich ständig neuen Herausforderungen gegenüber und droht an einzelnen Fragen immer wieder zu scheitern. Deshalb braucht es Menschen, die für ein gemeinsames Europa streiten – in der Familie, in Verbänden und Vereinen, in den Kirchen und Organisationen, in Parteien und Gewerkschaften sowie Unternehmen. Als Wählerinnen und Wähler obliegt uns im Mai 2019 die Entscheidung, für jene Kandidatinnen und Kandidaten zu stimmen, die sich eindeutig für ein friedliches und stabiles Europa bekennen. Es braucht Vertreterinnen und Vertreter, die daraufhin arbeiten, dass das Europäische Parlament in seinen Kompetenzen gestärkt und damit zum Zentrum der europäischen Demokratie wird. So kann Europa gelingen!

Köln, 16. November 2018

Der Bundesvorstand